

***Kompetenzzentrum zur Koordinierung des
Präventionsnetzwerks gegen (islamistischen) Extremismus
in Baden-Württemberg (KPEBW)***

**Daniel Köhler
Belinda Hoffmann**

Aus: Erich Märks & Wiebke Steffen (Hrsg.):
Prävention und Freiheit. Zur Notwendigkeit eines Ethik-Diskurses
Ausgewählte Beiträge des 21. Deutschen Präventionstages
6. und 7. Juni 2016 in Magdeburg
Forum Verlag Godesberg GmbH 2017, Seite 385-390

978-3-942865-71-5 (Printausgabe)
978-3-942865-72-2 (eBook)

Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen (islamistischen) Extremismus in Baden-Württemberg (KPEBW)

Warum KPEBW? – Die aktuelle Lage

Die nicht abreißende Kette von Terroranschlägen in Europa macht die zunehmende Bedeutung einer effektiven Extremismus- und Terrorismusbekämpfung auch für Baden-Württemberg deutlich. Ziel der terroristischen Aktionen sind die Spaltung und Destabilisierung der Gesellschaft sowie die Zerstörung eines friedlichen Zusammenlebens. Dadurch soll insbesondere der Unmut zwischen der nichtmuslimischen und muslimischen Bevölkerung gefördert werden. Die Verhinderung islamistisch geprägter Anschläge bzw. das frühzeitige Erkennen potenzieller Anschlagplanungen schon im Ansatz stellt Polizei und Verfassungsschutz vor sehr große Herausforderungen. Das im Verborgenen in Kleingruppen, als Terrorzellen oder als fanatisierte Einzeltäter (sog. „Lone Wolf Terrorism“) operierende islamistische und anschlagsbereite Personenpotenzial ist nur mit hohem personellem, finanziellem und logistischem Aufwand bereits im Vorfeld von Straftaten zu identifizieren und zu beobachten. Potenzielle Terroristen haben sich längst auf Überwachungsmaßnahmen eingestellt und Handlungen zum Unterlaufen dieser Maßnahmen sind regelmäßig Bestandteil der Tatplanungen.

Bei der Bekämpfung des extremistischen Terrorismus muss stärkeres Augenmerk auf den Bereich der Prävention gelegt werden. Die bereits zahlreich vorhandenen Programme und Maßnahmen müssen noch stärker zur Geltung kommen und effizienter koordiniert werden. Deshalb sind eine Vernetzung der Akteure in diesem Bereich und die langfristige Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle unabdingbar.

Eine wirksame Früherkennung, ein dem Extremismus klares Entgegenreten und das Anbieten von wirksamen Hilfen und Unterstützungsleistungen z.B. beim Ausstieg sind elementare Voraussetzung zur Abwehr von Anschlagseignissen. Um hierbei konkrete Bedarfe zu erkennen, aber auch Information und Überblick geben zu können, werden in regelmäßigen Abständen Gefährdungslagen erstellt und aktualisiert.

Gefährdungslage Deutschlandweit

Es liegen derzeit Erkenntnisse zu mehr als 850 Islamisten vor, die aus Deutschland in Richtung Syrien/ Irak gereist sind, um dort auf Seiten des Islamischen Staats und

anderer terroristischer Gruppierungen an Kampfhandlungen teilzunehmen oder diese in sonstiger Weise zu unterstützen. Insgesamt zeichnet sich eine verringerte Ausreisedy-
namik ab. Etwa ein Fünftel der gereisten Personen ist weiblich. Der überwiegende Teil
der insgesamt gereisten Personen ist jünger als 30 Jahre. Nicht in allen Fällen liegen
Erkenntnisse vor, dass sich diese Personen tatsächlich in Syrien/ Irak aufhalten oder
aufgehalten haben. Etwa ein Drittel dieser gereisten Personen befindet sich momentan
wieder in Deutschland. Ob sich diese Rückkehrer aktiv an Kampfhandlungen in Syrien/
Irak beteiligt haben lässt sich lediglich in Einzelfällen belegen. Zu ca. 140 Personen
liegen Hinweise vor, dass diese in Syrien oder im Irak ums Leben gekommen sind.

Zudem wurden weitere Ausreiseplanungen bekannt. Die deutschen Sicherheitsbehör-
den sind bestrebt, möglichst viele dieser Ausreiseplanungen frühzeitig wahrzuneh-
men, um deren Verwirklichung zu unterbinden. Die Anzahl der behördlich verhängten
Ausreiseverbotsverfügungen bewegt sich im niedrigen dreistelligen Bereich.

Gefährdungslage Baden-Württemberg

Dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg (LKA) und dem Landesamt für Verfas-
sungsschutz Baden-Württemberg (LfV) liegen Hinweise zu rund 50 Islamisten, davon
zehn Frauen, aus Baden-Württemberg vor, die in Richtung Syrien oder Irak ausgereist
sind, um dort für jihadistische Gruppierungen zu kämpfen oder diese anderweitig zu
unterstützen.

Ein Teil dieser Islamisten ist wieder nach Baden-Württemberg zurückgekehrt. Bei ei-
nigen wenigen gibt es Hinweise, dass sie an Kampfhandlungen teilgenommen haben.
Etwa ein Duzend dieser Jihadisten kamen bei Kampfhandlungen oder Selbstmordat-
tentaten ums Leben.

Was kann das KPEBW leisten?

Die Einrichtung des „Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetz-
werks gegen (islamistischen) Extremismus in Baden-Württemberg“ (KPEBW) im
Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg wurde
im Zuge des Maßnahmenpakets „Sonderprogramm der Landesregierung zur Bekämp-
fung des islamistischen Terrorismus“ durch die Landesregierung im Februar 2015
beschlossen. Mit dem Kompetenzzentrum steht in Baden-Württemberg eine landes-
weite, zentrale Koordinierungsstelle zum Aufbau eines Präventionsnetzwerks gegen
(islamistischen) Extremismus zur Verfügung. Zielsetzungen, Ausrichtung und Aufga-
bensschwerpunkte des KPEBW werden in einem Fachbeirat und einem Lenkungsaus-
schuss unter Beteiligung der betroffenen Ressorts und der Spitzen der Netzwerkpart-
ner sowie der Zivilgesellschaft vereinbart. Das KPEBW steuert und koordiniert die
Maßnahmen der Prävention und Intervention (einschließlich Aussteigerbetreuung)
und gewährleistet den Informationsfluss zwischen staatlichen und nichtstaatlichen
Akteuren des Netzwerks. Kernaufgabe im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes ist die

Unterstützung aller Beteiligten bei der Identifizierung aktueller Problemfelder sowie bei der Umsetzung wirkungsvoller Konzepte.

Als Kernfelder des KPEBW sind u. a. die Projektentwicklung, Qualitätssicherung, Evaluation und die Entwicklung eines Stufenkonzeptes zu nennen.

Qualitätshandbuch

Ein wichtiger Baustein präventiver Arbeit bildet die einheitliche und qualitativ hochwertige Fortbildung von Fachkräften und Multiplikatoren. Deutschlandweit gibt es ein großes Angebot an Projekten und Trägern in der Extremismusprävention (721 aktive Projekte insgesamt, davon 336 in staatlicher Trägerschaft¹), deren inhaltliche Qualität stark variiert. Die Situation in Bezug auf existierende Standards und Evaluationen wurde durch das BKA als „äußerst dürftig“ bezeichnet.² Qualitätsstandards, Transparenz und Evaluation in der Extremismusprävention sind nach wissenschaftlichen Standards durchweg als unbefriedigend einzuschätzen. Bisher hat weder die Zivilgesellschaft noch eines der verschiedenen staatlichen Koordinationsgremien einen Vorschlag für strukturelle Mindeststandards vorgelegt.

Deshalb hat das KPEBW ein Grundlagenhandbuch mit dem Titel „Strukturelle Qualitätsstandards in der Interventions- und Präventionsarbeit gegen gewalttätigen Extremismus. Ein Handbuch für Praktikerinnen, Praktiker und staatliche sowie zivilgesellschaftliche Koordinationsstellen in Deutschland“ erarbeitet. Mit dem Handbuch wurde eine erste Grundlage für strukturelle Mindestanforderungen für Programme, Träger und Initiativen geschaffen, welche zumindest in Baden-Württemberg als Leitfaden für eine mehrstufige Evaluation und Qualitätssicherung der Extremismusprävention im Land fungieren wird. Damit ist Baden-Württemberg das erste Bundesland, welches Qualitätsstandards für dieses Feld definiert und dazu umfassende Erfahrungen aus der internationalen Forschung und Praxislandschaft aufgenommen hat.

So kann eine Intransparenz bei der Arbeitsweise der zivilgesellschaftlichen Organisation überwunden und die Überprüfung der fachlichen Grundlagen der Interventionsarbeit verbessert werden. Die Beratungstätigkeit kann somit effektiver gestaltet und die Zielerreichung nachvollzogen werden.

Als erste Grundlage ist dieser Leitfaden sowohl für staatliche Koordinierungsstellen der Präventionsnetzwerke eine entscheidende Hilfe bei der Bewertung der strukturellen Qualität von Projektträgern, als auch für die Träger selbst eine erste Möglichkeit, die eigene Arbeit strukturell abzusichern und sich weiterzuentwickeln. Dabei beinhaltet dieses Handbuch sechs Themenfelder: Programmleitung und Entwicklung, Organisation, Klienteneinstufung, Beratung und Betreuung, Qualitätssicherung, Transparenz.

¹ Gruber/Lützing/Kemmesies: Extremismusprävention in Deutschland – Erhebung und Darstellung der Präventionslandschaft – Schwerpunktdarstellung Präventionsprojekte in staatlicher Trägerschaft (2014/2015).

² Gruber/Lützing/Kemmesies: Extremismusprävention in Deutschland – Erhebung und Darstellung der Präventionslandschaft – Schwerpunktdarstellung Präventionsprojekte in staatlicher Trägerschaft (2014/2015).

Landesbildungszentrum Deradikalisierung

Zudem fehlt bislang eine Koordinierung von Fortbildungsmaßnahmen in diesem Feld. Lediglich einige wenige zivilgesellschaftliche Träger haben rudimentäre Ausbildungsmodulare für das eigene Beratungspersonal entwickelt, welche allerdings nach aktuellem Stand nicht dem Qualitätsstandard staatlicher Ansprüche entsprechen.

Deshalb wird derzeit das Landesbildungszentrum Deradikalisierung (LBZ Derad) unter dem Dach des KPEBW eingerichtet. Ein solch spezialisiertes „Bildungszentrum“ im Bereich der Deradikalisierung ist bundesweit einzigartig und ein großer Fortschritt für die deutsche Präventionslandschaft.

Weiterbildung für Lehrkräfte

In Kooperation mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg und der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg wird zudem ein Konzept zur Weiterbildung für Lehrkräfte entwickelt, welches über das LBZ Derad gebucht werden kann. Inhaltliche Schwerpunkte werden sein:

Erkennen der Erscheinung

Extremistische Bewegungen bilden eigene ‚Kontrastgesellschaften‘ aus. Musik, Kleidung, Symboliken, Sprachcodes, sowie vielfältige andere Bereiche des sozialen Lebens werden durchdrungen und mit eigenen Angeboten versehen. Diese zu erkennen und korrekt einordnen zu können, verlangt eine besondere Sachkenntnis über die jeweiligen ideologischen und kulturellen Muster. Besonderen Wert wird dabei auf rechtsextreme Symbolik und Erscheinungsform sowie auf das islamistische Pendant gelegt.

Erkennen der Argumentation

Aus der wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Erfahrung lässt sich zeigen, dass ideologisch geschulte junge Rechtsextremisten (üblicherweise ab dem Alter 13 – 14) gezielt auf die argumentative Konfrontation mit Lehrkräften in der Schule vorbereitet werden. Dies geht nachweislich bis hin zu nachgestellten Klassensituationen und Prüfungsleistungen während Wochenendseminaren rechtsextremer Organisationen. Auf diese Kenntnisse sollen Lehrkräfte vorbereitet werden.

Wie ist das KPEBW aufgebaut?

Seit September 2015 arbeitet das KPEBW intensiv an seinen gestellten Aufgaben. Es erweitert u. a. das Netzwerk, vermittelt Informationen und Vorträge, entwickelt eine Datenbank, die Präventionsprojekte in Baden-Württemberg und Experten im Bereich Islamismus abbildet. Zusätzlich vernetzt es Wissenschaft und Praxis miteinander und gewährleistet eine Kommunikation zwischen allen Interessierten und Betroffenen.

Zentraler Punkt ist die Geschäftsstelle des KPEBW, mit Sitz im Innenministerium. Dieser ist auf strategischer Ebene ein Lenkungsausschuss vorgeschaltet, dessen Teilnehmer die Spitzen bzw. deren Vertreterinnen/ Vertreter der Kommunalen Landesverbände, drei gewählte Vertreterinnen/ Vertreter der landesweiten nichtstaatlichen Organisationen, die Ministerialdirektorinnen/ Ministerialdirektoren der betroffenen Ressorts (Justiz-, Sozial-, Kultus-, Integrationsministerium), eine Vertreterin/ ein Vertreter des Staatsministeriums, die Leiterin/ der Leiter der Landeszentrale für politische Bildung sowie die Geschäftsführerin/ der Geschäftsführer des KPEBW sind.

Der Fachbeirat des KPEBW stellt die operative Ebene dar. Die Mitglieder des FB KPEBW kommen aus den Bereichen der landesweit tätigen, nichtstaatlichen Organisationen, Ministerien, Landesbeauftragte und nachgeordnete Behörden sowie wissenschaftlichen Institutionen.

Aufgrund dieser Struktur ist die Informationssteuerung und der Austausch zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Trägern gewährleistet.

Beratungsstelle Baden-Württemberg

Beim Kampf gegen Extremismus und Terrorismus kann jedes Land aus drei verschiedenen Werkzeugkategorien wählen: Prävention, Repression und Intervention. Während einerseits eine extremistische Gruppe eingedämmt werden soll, versucht man andererseits zu verhindern, dass meist junge Menschen überhaupt einsteigen. Doch was ist mit jenen, die bereits mitten im Radikalisierungsprozess stecken und wieder herauswollen? Baden-Württemberg hat für diese Personen ein Ausstiegsprogramm geschaffen.

Der Bedarf an Beratung und Unterstützung, insbesondere aus dem Umfeld radikalierter Personen, ist in jüngster Vergangenheit deutlich gestiegen. Um die gefährdeten Jugendlichen zu erreichen gilt es, die Mechanismen des Abgleitens in religiösen Fanatismus zu verstehen. Es ist wichtig, so viel wie möglich über gewaltbereite Jugendliche zu erfahren, um zu erkennen, wo es Brüche in ihren Lebensläufen gegeben hat. Das KPEBW ist sich sehr wohl bewusst, dass das universelle Gegenmittel noch nicht gefunden und die Gründe des Abdriftens vielfältig und jeder für sich besonders ist.

Dabei ist es entscheidend, den Jihadisten ihre „coole“ Aura zu nehmen und den „Mythos“ des „glorreichen Jihad“ zu brechen – mit der Hilfe von Familie und Freunden. Wenn wir künftige Anschläge verhindern wollen, dann müssen wir die Familien und enge Freunde der potenziellen Attentäterinnen und Attentäter in die Interventionsarbeit einbeziehen und ihnen speziell ausgebildete Experten zur Seite stellen. Um die „Marke“ IS in ihrer Anziehungskraft zu brechen, gibt es keine effektiveren Mitstreiter als die Familien und das direkte Umfeld der Jugendlichen, die von den perfiden Versprechungen des Märtyrertums verführt wurden.

Gerade deshalb wurde unter dem Dach des KPEBW die Beratungsstelle Baden-Württemberg in Stuttgart eingerichtet, in der diese Personen und auch deren Angehörige und Freunde, Lehrerinnen und Arbeitgeber, Trainer und sonstige Kontaktpersonen Hilfe finden. Sollte bereits eine Radikalisierung stattgefunden haben, wird Hilfe zum Ausstieg gegeben.

Die Beratungsstelle wird von einem zivilen Träger betrieben.

Erreichbarkeit und Möglichkeiten der Beratung

Die Beratungsstelle Baden-Württemberg ist unter der Rufnummer 0711 72 23 08 93 erreichbar.

Die Beratung kann in verschiedenen Sprachen und ganz nach den individuellen Bedürfnissen der Hilfesuchenden erfolgen. Zunächst wird eine Einschätzung der Situation zusammen mit der Beraterin oder dem Berater erarbeitet. Entsprechend der Dringlichkeit der Situation, können auch Sofortmaßnahmen ergriffen werden, beispielsweise wenn eine Person kurz vor der Ausreise steht.

Im weiteren Beratungsverlauf soll der externe Partner alles versuchen, um die Radikalisierung in der Familie oder Umfeld des Hilfesuchenden zu verhindern oder wieder umzukehren. Dazu können auch weitere Partner hinzugezogen werden, um auf die spezielle Situation einzugehen.

Aufgabenerweiterung KPEBW auf alle Extremismusbereiche

Bereits die ersten Erfahrungen zeigten, dass das KPEBW optimale Voraussetzungen bietet, um auch in anderen Extremismusbereichen die bestehenden vielfältigen Maßnahmen zu bündeln und zu koordinieren.

Gemäß dem Koalitionsvertrag der Regierungsparteien soll deshalb das KPEBW mit der Beratungsstelle Baden-Württemberg weiter gestärkt und auf andere Extremismusformen ausgeweitet werden. Durch die beschlossene Erweiterung des Aufgabenspektrums des KPEBW entstehen erhebliche Synergieeffekte, sowohl personell als auch in der konkreten Erfahrung der Fallbetreuung und Erprobung von Methoden.

Studien zeigen, dass erfolgreiche Extremismusprävention auf Dauer und ganzheitlich angelegt sein muss. Alle Akteure, staatliche wie nicht-staatliche, müssen gemeinsam Ursachenforschung betreiben und gemeinsam aber auch koordiniert gegen extremistische Strömungen vorgehen.

Inhalt

Vorwort	5
In memoriam Dr. Wiebke Steffen	7

I. Der 21. Deutsche Präventionstag im Überblick

<i>Deutscher Präventionstag und Veranstaltungspartner</i>	
Magdeburger Erklärung	15
<i>Erich Marks, Karla Marks</i>	
Zusammenfassende Gesamtdarstellung des 21. Deutschen Präventionstages	21
<i>Erich Marks</i>	
Zur Eröffnung des 21. Deutschen Präventionstages in Magdeburg	51
<i>Regina Ammicht Quinn mit Andreas Baur-Ahrens, Peter Bescherer, Friedrich Gabel, Jessica Heesen, Marco Krüger, Matthias Leese, Tobias Matzner</i>	
Gutachten für den 21. Deutschen Präventionstag: Prävention und Freiheit. Zur Notwendigkeit eines Ethik-Diskurses	57
<i>Rainer Strobl, Olaf Lobermeier</i>	
Evaluation des 21. Deutschen Präventionstages	185

II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte

<i>Marc Coester, Hans-Jürgen Kerner, Jost Stellmacher, Christian Issmer</i>	
<i>Ulrich Wagner</i>	
Die Evaluation des Hessischen Jugendstrafvollzugs Hintergrund und Ergebnisse des Forschungsprojekts sowie Implikationen für die künftige Praxis und Forschung	229
<i>Arne Deißigacker, Gina Rosa Wollinger, Dirk Baier, Tillmann Bartsch</i>	
Phänomen Wohnungseinbruch. Ansätze zur Prävention auf Basis einer multiperspektivischen Studie	271
<i>Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH</i>	
„Sozialer Zusammenhalt und Integration“ Vorstellung von Methoden der Prävention und Konfliktbearbeitung in der Entwicklungszusammenarbeit als möglicher Beitrag zur Integration von Geflüchteten	285
<i>Brigitte Gans</i>	
Wem gehört der öffentliche Raum? Gratwanderung zwischen Schutz der Sicherheit und Freiheit der Nutzung	333
<i>Thomas Hestermann</i>	
Die Rückkehr der Dämonen: Wie die Medien über Gewaltkriminalität berichten	341

<i>Sally Hohnstein</i> Distanzierungsarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen – Elemente gelingender Arbeit	357
<i>Sabrina Hoops</i> Dauerthema „Geschlossene Unterbringung“: Erziehung zur Freiheit durch Freiheitsentzug?	363
<i>Leo Keidel</i> „Nix Rechts!“ Ein interaktives Präventionsprojekt für Schulen zum Thema Rechtsextremismus	379
<i>Daniel Köhler, Belinda Hoffmann</i> Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen (islamistischen) Extremismus in Baden-Württemberg (KPEBW)	385
<i>Eva Kühne-Hörmann</i> Cybercrime – Strategien der Kriminalprävention	391
<i>Adelina Michalk</i> „Fairplay in der Liebe“ – Ein Präventionsprojekt aus der Opferperspektive zum Thema Beziehungsgewalt	397
<i>Harkmo Daniel Park, Cheonhyun Lee</i> Prävention und Freiheit im Spannungsfeld des Infektionsschutzes in Südkorea	399
<i>Isabell Plich, Bettina Doering</i> Konfliktprävention in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete	407
<i>Stefan Saß</i> Prozessorientierte Ausstiegsbegleitung – ein Praxisbericht	421
<i>Lara Schartau, Sylwia Buzas</i> Sicherheitsempfinden älterer Menschen im Wohnquartier – Die „Senioren- sicherheitskoordination“ als ein Modell sozialraumorientierter Prävention	429
<i>Lisa Schneider, Anne Kaplan, Stefanie Roos, Laura Schlachzig, Jan Tölle</i> Junge geflüchtete Menschen in Deutschland – Rahmenbedingungen, Herausforderungen und pädagogische Implikationen	449
<i>Tillmann Schulze</i> Welches und wie viel Licht braucht erfolgreiche Kriminalprävention?	481
<i>Daniel Wagner, Anabel Taefi, Thomas Görden</i> Belastungserleben und Unterstützungsbedarf pflegender Angehöriger von Menschen mit Demenz	493
III Autoren	503